

Initiativantrag zum LPT NRW, 23./24.06.2018 in Kamen

Antragsteller*innen: Ingrid Remmers, Axel Behrend, Edith Fröse, Martin Hantke, Ingo Hentschel, Thomas Keuer, Thomas Koch, Brunhilde Michaelis, Alisan Sengül, Friedrich Straetmanns, Christiane Tenbense

Der Bundesparteitag hat am 09.06.18 im Leitantrag „DIE LINKE – Partei in Bewegung“ eine ausführliche Passage zur Thematik „Migration – Flucht – Grenzen“ beschlossen (s.u.), die bis auf Weiteres für die ganze Partei die verbindliche Leitlinie in dieser Frage vorgibt.

Der Landesparteitag möge auf dieser Grundlage beschließen:

- Alle vorliegenden Anträge zur Thematik Migration werden auf die erste Landesratstagung Anfang 2019 vertagt.
- Bis dahin wird den Kreisverbänden ausreichend zeitlicher Spielraum eingeräumt, um auf einer ihrer nächsten Mitgliederversammlungen diese Thematik intensiv zu diskutieren. Dazu werden den Kreisverbänden als Grundlagen der beschlossene Leitantrag des Bundesparteitages, die derzeit vorliegenden Anträge und weitere Positionspapiere zur Verfügung gestellt.
- Zugleich wird der neue Landesvorstand beauftragt, ab Herbst 2018 die inhaltliche Diskussion hierzu auf Regionalkonferenzen weiter voranzutreiben.

Auf diesem Wege wird eine breite Diskussion in NRW gewährleistet.

Begründung:

Der Bundesparteitag hat im Leitantrag Leitlinien zur Thematik „Migration – Flucht – Grenzen“ beschlossen.

Zugleich wurden die Anträge des Landesvorstands NRW und des KV Essen zu dieser Thematik an den Parteivorstand überwiesen, um eine geordnete Debatte in der Gesamtpartei organisieren zu können.

Deshalb gibt es zur Zeit keinen Anlass, ohne vertiefte Diskussion im Landesverband neue Beschlüsse zu dieser Thematik zu fassen.

Auszug aus dem Leitantrag „DIE LINKE – Partei in Bewegung“:

Wer die Rechten bekämpfen will, darf ihren Forderungen nicht nachgeben oder ihre Redeweisen übernehmen. Rassismus ist kein Phänomen von Randgruppen. Er ist in der Mitte der Gesellschaft verankert. Ganz im Gegenteil, wir müssen dagegenhalten. Mit Argumenten, mit Aufklärung, und vor allem, indem wir nicht nachgeben. Dass die Regierung das Asylrecht abbaut, den Familiennachzug beschränkt und die Absurdität der Konstruktion der "sicheren Herkunftsländer" dadurch belegt, dass als "sicher" nun auch Afghanistan und andere Staaten gelten, in denen angeblich die Bundeswehr dringend für Sicherheit sorgen muss - all das stärkt die Rechten. Wer ihrer Forderung nach einer Obergrenze nachkommt oder ganze Religionsgemeinschaften mit Terrorismus in Verbindung bringt, wer so tut, als wäre eines der reichsten Länder nicht in der Lage, die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung angemessen zu sichern, der normalisiert die Rechten und lässt ihre Forderungen legitim oder diskutabel erscheinen. Historisch und mit Blick auf andere europäische Länder können wir sagen: Diese Strategie ist nicht erfolgreich.

DIE LINKE zieht hier eine klare Linie: Wir stellen uns dem Rechtsruck entgegen. Wir kämpfen gegen Rassismus. Wir kämpfen um eine umfassende Solidarität, für soziale Gleichheit und den Internationalismus von unten gegen oben. Wir kämpfen gegen Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus und jede andere Form von Rassismus sowie alle anderen Ungleichheitsideologien. Wir kämpfen gegen die sozialen Ursachen des Rechtspopulismus und gegen die neoliberale Hoffnungslosigkeit. Gegen die Lügen, die Fake News, die Zerstörung der öffentlichen Debatte und der Demokratie - ob sie von Rechten ausgehen oder von der herrschenden Politik.

DIE LINKE hat von Beginn an ihre Politik zu Flucht und Grenzen an dem Dreiklang orientiert:

1. Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen durch einen sofortigen Stopp von Waffenexporten und friedliche Konfliktlösungen. Wir fordern die Anerkennung von Umweltzerstörung, Hunger und Landraub als Fluchtursachen. Und wir treten für eine gerechte Weltwirtschaft ein und für eine Entwicklungszusammenarbeit, die das Leben der Menschen vor Ort verbessert, statt den Interessen der deutschen Wirtschaft zu dienen. Die deutschen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit müssen endlich - ohne Tricks! - auf die international zugesagten 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes angehoben werden. Bis dahin brauchen wir eine Reform der internationalen Flüchtlingspolitik und Entwicklungszusammenarbeit sowie eine bessere globale Infrastruktur gegen die Verheerungen von Kriegen und Krisen. Wir fordern eine Abrüstungsinitiative. Die frei werdenden Mittel sind an das UNHCR und das Welternährungsprogramm zu überweisen. Die Unterstützungsleistungen fürs UNHCR müssen massiv erhöht und Pflichtabgaben werden.
2. Wir wollen das Sterben im Mittelmeer und an den europäischen Außengrenzen beenden. Dafür brauchen wir sichere, legale Fluchtwege, offene Grenzen und ein menschenwürdiges System der Aufnahme von Geflüchteten und einen Lastenausgleich in Europa. Abschiebungen lehnen wir ab. Wir wollen Bleiberechte für Menschen, und statt Familien auseinanderzureißen, wollen wir sie zusammenführen.
3. Wir wollen eine soziale Offensive, die das Leben für alle Menschen besser macht: mit bezahlbarem Wohnraum, guter Bildung und Arbeit. Eine solche soziale Offensive für alle lässt sich mit einer gerechten Besteuerung von hohen Einkommen, Vermögen, Erbschaften und Konzerngewinnen sowie eine zeitlich befristete Vermögensabgabe für Superreiche finanzieren. Wir wollen die Demokratie stärken: Millionen Menschen in Deutschland dürfen nicht wählen. Grundlegende Rechte, Zugang zu Arbeit, bleiben ihnen verwehrt. Integration geht anders. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort und tariflicher Schutz müssen umfassend durchgesetzt werden. Bestehende Ausnahmen vom Mindestlohn sind abzuschaffen. Wir streiten für eine Integrationsoffensive mit hinreichenden und hochwertigen Sprachkursen sowie sozio-kulturellen Angeboten. Menschen, die derzeit keine Aufenthaltsbewilligung haben und in Rechtlosigkeit und Illegalität gedrängt werden, sollen eine unbefristete Aufenthalts- und

Arbeitserlaubnis erhalten, um ein geregeltes Leben in Würde führen zu können. Nicht der Pass, sondern die Menschen stehen im Vordergrund: Wir streiten für gleiche Rechte für alle, die hier leben.

Viele Menschen haben das Gefühl, dass sie nicht bekommen, was ihnen zusteht. Sie haben Recht. Aber immer war es Mittel der Herrschaft, verschiedene Gruppen gegeneinander auszuspielen: Prekäre gegen Kernbelegschaften, Aufstockende gegen Langzeiterwerbslose, Erwerbslose gegen illegalisierte Migranten. Unser Kampf gilt dem Kapitalismus, der die Menschen in Konkurrenz gegeneinander stellt. DIE LINKE zeigt, dass es gemeinsame soziale und ökonomische Interessen gibt. Und gemeinsame Gegner in den Mächtigen, den großen Konzernen, den Superreichen. Für uns teilen sich die Menschen nicht in Deutsche und Nicht-Deutsche, sondern wir sehen Mieterinnen und Mieter auf der einen, Miethaie und Spekulanten auf der anderen Seite. Wir sehen Menschen, die sich für einen Hungerlohn die schwerste Arbeit aufbürden und solche, die ihre Gewinne auf Kosten dieser Beschäftigten in die Höhe treiben. Leiharbeiter und Kernbelegschaften, Erwerbslose und Beschäftigte, Mieter und der kleine Laden um die Ecke: Sie haben gemeinsame Interessen, gemeinsame Ziele und kämpfen doch oft getrennt. Die gemeinsamen Ursachen ihrer Probleme liegen im Widerspruch von Kapital und Arbeit, in Privatisierung von Gemeineigentum und öffentlicher Daseinsvorsorge, Entfesselung der Märkte und in der Entscheidung des Sozialstaates. Sie sind Ergebnisse der neoliberalen Politik der vergangenen 25 Jahre und des Klassenkampfes von oben, die die Grundfesten unserer Gesellschaft erschüttert haben.

Liste der Unterstützer*innen aus den Reihen der LPT-Delegierten:

1. Heiner Bäther
2. Fritz Beinersdorf
3. Günter Blocks
4. Gunhild Böth
5. Carolin Butterwegge
6. Hans Decruppe
7. Werner Eggert
8. Nicole Fritsche-Schmidt
9. Ralf Henrichs
10. Susanne Herhaus
11. Georg Hewald
12. Jens Jürschke
13. Wiebke Köllner
14. Stefanie Komlanvi
15. Roland Koslowski
16. Wolfgang Lindweiler
17. Angelika Link-Wilden
18. Dagmar Maxen
19. Ingeborg Mohr-Simeonidis
20. Moritz Müller
21. Marcel Nowitzki
22. Amid Rabieh
23. Ingrid Remmers
24. Thorsten Schlitt
25. Michael Sievers
26. Till Sörensen
27. Hannelore Weber